

Guten Tag,

Sie treten am 14. März 2020 bei den Kommunalwahlen an, um das Zusammenleben in Frankfurt in den kommenden 4 Jahren zu gestalten, falls Sie gewählt werden. Wir unterbreiten Ihnen eine Liste von Anliegen, die wir, als Aktive des Netzwerks Care Revolution für zentral erachten, damit in Frankfurt nicht nur privilegierte Minderheiten Bedingungen vorfinden, die ein gutes Leben möglich machen. Wir danken Ihnen schon im Voraus auf Ihre Ausführungen zu den gestellten Fragen. Wir werden sie auf unserem Blog veröffentlichen und so allen interessierten Wählern und Wählerinnen zugänglich machen.

1. Daseinsfürsorge gehört in öffentliche Hand

Corona hat gezeigt, wie zentral gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen der Daseinsfürsorge sind. Was wollen Sie unternehmen, damit Kliniken, Pflegeheime, Kitas, Horte, usw. zwecks besserer Versorgungsplanung und Koordination als städtische Einrichtungen betrieben werden bzw. wie wollen Sie darauf hinwirken, dass sie wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden?

Antwort GRÜNE:

Wir setzen uns dafür ein, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst und Angebote in öffentlicher Trägerschaft erhalten bleiben und gestärkt werden. Das Klinikum Frankfurt-Main-Taunus mit seinen Standorten Höchst, Bad Soden und Hofheim soll als Krankenhausverbund mit Maximalversorgungsangebot in öffentlicher Hand bleiben. Die weiteren Neubauabschnitte in Frankfurt Höchst einschließlich einer baulich und konzeptionell neuen psychiatrischen Klinik werden wir realisieren. Kita Frankfurt und die städtischen Kinderzentren sowie die Kommunale Kinder- und Jugendhilfe sollen ebenfalls in öffentlicher Hand bleiben.

2. „Systemrelevante“ Berufe müssen aufgewertet werden

Welche der in Corona als „systemrelevant“ erkannten Berufe, nämlich Pflege, Erziehung, Betreuung, Fahrdienste für Menschen mit Behinderung werden Sie tarifieren, das Tarifniveau entsprechend anheben und wie wollen Sie für eine ausreichende Personalbemessung sorgen?

Antwort GRÜNE:

Die Stadt Frankfurt am Main ist tarifgebunden, die Stellen von Mitarbeiter*innen in städtischen Einrichtungen werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst

(TVöD) bzw. der Besoldungsverordnung bewertet und vergütet. Leistungsvereinbarungen mit städtischen Auftragnehmern werden so abgeschlossen, dass die Personalkostenkalkulation auf dem im jeweiligen Geschäftsfeld gültigen Tarifvertrag beruht. Haustarifverträge werden dabei berücksichtigt. Die Personalbemessung richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben oder wird in einer Leistungsvereinbarung in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen festgelegt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Care-Berufe endlich den Stellenwert erhalten, den sie verdienen. Für uns heißt das insbesondere mehr Personal, eine bessere Bezahlung und mehr Mitsprache- und Aufstiegsmöglichkeiten. Auf Bundesebene fordern wir ein Sofortprogramm für die Pflege mit jeweils 25.000 zusätzlichen Stellen für Pflegefachkräfte in Krankenhäusern und Altenheimen, ausreichend Personal in Pflegeeinrichtungen durch die zügige Einführung bedarfsgerechter Personalbemessungsinstrumente und einen guten Betreuungsschlüssel in allen Kitas, außerdem einen allgemein verbindlichen bundesweit geltenden Tarifvertrag Soziales, eine Investitionsoffensive für Qualität in Kitas und eine Lobby für die Pflege in Form von Pflegekammern. Wir wollen die Care-Berufe zu einem attraktiven Arbeitsfeld machen durch die Abschaffung von Schulgeld in allen sozialen Berufen, mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit in den Gesundheitsfachberufen und bessere Aufstiegsmöglichkeiten im sozialen Bereich.

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Gewinne von privaten Pflegedienstleistern / kirchlichen Einrichtungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden? (Welche Gewinne erzielten die Agaplesion gAG, die AWO, die Caritas, die Diakonie, etc...in den letzten 20 Jahren?)

Antwort GRÜNE:

Wohlfahrtsverbände wie die AWO, der Caritasverband oder die Diakonie und ihre Einrichtungen sind vom Finanzamt als gemeinnützige Organisationen anerkannt. Voraussetzung dafür ist, dass sie selbstlos tätig sind und keine Gewinnabsicht verfolgen. Es ist Aufgabe der Finanzämter, die Einhaltung dieses rechtlichen Rahmens zu kontrollieren. Das Handelsgesetzbuch und das Publizitätsgesetz regeln, welche privaten Unternehmen zur Offenlegung ihrer Jahresabschlüsse verpflichtet sind, damit sich die Allgemeinheit über ihre wirtschaftliche Lage informieren kann. Wir halten die entsprechenden gesetzlichen Regelungen für ausreichend. Auf städtischer Ebene wollen

wir als Konsequenz aus den betrügerischen Vorgängen bei der AWO Frankfurt das Revisionsamt die zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Verwendung städtischer Mittel umfassender prüfen lassen.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass öffentlich bekannt wird, ob die Angestellten dieser Unternehmen und Einrichtungen nach Tarif bezahlt werden und mit wem ein Tarifvertrag geschlossen wurde? Damit transparent wird, um wieviel Prozent die Bezahlung im Bezug zu einem verdi-Tarifvertrag differiert? welcher Prozentsatz des Personals dieser Unternehmen/Einrichtungen outgesourcet wird und um welches Personal es sich handelt?

Antwort GRÜNE:

Der sogenannte Tariftreue-Beschluss (§ 1291) der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2012 gibt vor, dass Leistungsvereinbarungen mit städtischen Auftragnehmern so abzuschließen sind, dass die Personalkostenkalkulation auf dem im jeweiligen Geschäftsfeld gültigen Tarifvertrag beruht. Hierbei sind auch Haustarifverträge zu berücksichtigen. Die Träger müssen schriftlich erklären, dass die in den Leistungsvereinbarungen mit der Stadt angegebenen Tarife oder die tarifnahe Bezahlung an die Beschäftigten gezahlt werden. Die entsprechende Verwendung der städtischen Mittel muss nachgewiesen werden, darüber hinaus prüft das Revisionsamt stichprobenartig und anlassbezogen.

Welche Handlungsstrategien haben Sie vor zu entwickeln, nach der Beantwortung dieser Fragen?

Antwort GRÜNE:

Wir wollen in Frankfurt nach Hamburger Beispiel eine „Allianz für Care-Berufe“ gründen, um das Image von Care-Berufen nachhaltig zu steigern, die Rhein-Main-Metropole als attraktiven Standort für Care-Angebote zu festigen, gemeinsame Standards und gute Arbeitsbedingungen in Care-Berufen zu sichern, Ausbildungsplätze in Care-Berufen massiv auszubauen, den Anteil von Männern in Care-Berufen zu steigern und ausländische Fachkräfte zu integrieren.

In einem Frankfurter Pflegeheim werden wir in einem wissenschaftlich begleiteten, mehrjährigen Modellversuch erforschen, wie sich die Zufriedenheit, Gesundheit, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen bei einer 4-Tage-Woche mit

32 Stunden-Arbeitszeit und beim Gehalt verändern und welche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Pflegequalität des Heimes sich ergeben.

3. Familien mit Kindern brauchen Entlastung

Wie gedenken Sie Erwerbstätige und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, wenn sie kranke Kinder – auch mal längerfristig - zu versorgen haben, die dann nicht in KiTas oder sonstige kollektive Betreuungseinrichtungen untergebracht werden können während die Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, (auch nach Corona)?

Antwort GRÜNE:

Auf Antrag der GRÜNEN im Römer wurde bereits mit dem Haushalt 2020 beschlossen, für Alleinerziehende in Frankfurt ergänzende Kinderbetreuung nach dem in NRW erprobten Konzept „Sonne, Mond und Sterne“ auch in Frankfurt einzuführen – zunächst als Modellprojekt. Es ermöglicht Alleinerziehenden eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit z.B. auch in Care-Berufen mit Schichtdienst, die kranken Kinder können im vertrauten Umfeld bleiben, dem Mangel in Pflegeberufen würde entgegengewirkt und gerade in der Pandemie gäbe es wieder Jobs für Studierende. In NRW sind diese nach Weiterbildung vielfach in dieser Kinderbetreuung tätig. Für die Umsetzung dieses Modellprojektes wäre die Frankfurter Bildungsdezernentin (Sylvia Weber, SPD) zuständig. An ihr ist die Umsetzung des Projektes gescheitert, wie eine Nachfrage der GRÜNEN Fraktion gerade ergab. Nach Frau Webers Einschätzung stehen in Frankfurt die finanziellen Ressourcen und die Fachkräfte für ein solches Angebot nicht zur Verfügung (siehe Antwort auf die Frage Nr. 3105 in der 47. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2021).

Unser Eindruck ist, dass Frau Weber bzw. das Bildungsdezernat sich mit dem Konzept von „Sonne, Mond und Sterne“ nicht auseinandergesetzt haben, sonst wüssten sie, dass der Ressourcenverbrauch ganz im Gegenteil erstaunlich niedrig ist.

Wir werden dieses Projekt in der kommenden Wahlperiode zügig umsetzen.

Was wollen Sie unternehmen, um die Personalschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern?

Antwort GRÜNE:

Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Kitaqualitätsentwicklungsgesetz ein, dass Mindeststandards für das Betreuungsverhältnis mit einer Übergangsfrist gesetzlich

festlegt (ein kindgerechtes Betreuungsverhältnis bedeutet für uns, dass auf drei Krippenkinder eine Erzieher*in kommt und bei Kindern über drei Jahren eine Fachkraft höchstens 8 Kinder betreut) und das die dafür erforderlichen Bundeszuschüsse verlässlich und auf Dauer regelt.

4. Der Rückstand in Sachen Inklusion muss dringend abgebaut werden

Deutschland hat 2009 die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Darüber hinaus ist die Grundrechtecharta der EU für Deutschland verbindlich

Art. 26 der Grundrechtecharta der EU sagt:

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit diese Ansprüche verwirklicht werden?

Konkret:

- Wohnen – Menschen mit Behinderung und Familien mit einem Angehörigen mit Behinderung (Kind oder Erwachsener) brauchen nicht nur barrierefreie sondern behindertengerechte Wohnungen. Der Bedarf an solchen Wohnungen übersteigt die zu Verfügung stehende Anzahl in Frankfurt. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das zu verändern?

Antwort GRÜNE:

Wir erwarten, dass neben anderen Wohnungsbaugesellschaften besonders die ABG diese Auflagen erfüllen muss, gerade auch wenn Renovierungen anstehen. Auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die inklusiv ausgerichtet sind, sollen besonders gefördert werden. Das ist zum Beispiel im Hilgenfeld, dem neuen Quartier am Frankfurter Berg nördlich der S-Bahn-Linie, bereits so geplant.

- Zur Entlastung pflegender Angehöriger sind besonders mit Personal gut ausgestattete Pflegeheime notwendig. In Frankfurt gibt es kein Kinderpflegeheim. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit Familien, die schon so sehr belastet sind, nicht noch große Entfernungen aufgebürdet bekommen?

Antwort GRÜNE:

Der stadtnahe Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V. (vae) war bis zum 31. März 2017 Träger des Kinderhaus Frank im Frankfurter Stadtteil Sossenheim, einer Wohneinrichtung für Kinder und Jugendliche mit körperlichen bzw. schweren mehrfachen Behinderungen. Da das Gebäude nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen der Aufsichtsbehörde an Einrichtungen der Behindertenhilfe entsprach, musste es abgerissen werden. Es wird nun an gleicher Stelle neu gebaut. Für die Dauer des Neubaus wohnen die Kinder und Jugendlichen in alternativen Wohnangeboten im Großraum Frankfurt. Die größere Entfernung ist eine zusätzliche Belastung für die Eltern, die wir möglichst bald beendet haben wollen. Der Neubau des Kinderhauses Frank muss deshalb vorangetrieben werden.

- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Inklusion in den Schulen verbessert und in allen Schulen verwirklicht wird?

Antwort GRÜNE:

Inklusion in der Schule ist noch lange nicht selbstverständlich. Wir wollen deshalb nach seinem Erfolg in den Regionen Süd und West das Modellprojekt Inklusion fortsetzen. Inklusiv Schulen brauchen mehr Ressourcen – wir werden uns beim Land Hessen für mehr Lehrer*innenstunden einsetzen und die Strukturen des Modellprojekts mit seinen Koordinator*innen verstetigen. Bei Um- und Neubauten von Schulen muss eine barrierearme Gestaltung Standard werden.

- Wie wollen Sie sich einbringen, damit Frankfurt als Arbeitgeber den Anteil von Menschen mit Behinderung erhöht?

Antwort GRÜNE:

Wir wollen in der städtischen Ämtern und Gesellschaften Betriebsintegrierte Beschäftigungsplätze (BiB) einrichten. Die Beschäftigungsplätze werden von einer Werkstatt für behinderte Menschen in das städtische Amt verlagert. Der/die Werkstattbeschäftigte arbeitet dann in einem regulären Amt, wird aber weiter durch die Werkstatt an seinem Arbeitsplatz unterstützt. BiB können den Übergang aus einer Werkstatt in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vorbereiten oder eine Möglichkeit zur langfristigen beruflichen Teilhabe außerhalb der Werkstatt sein.

- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit der öffentliche Raum (besonders der ÖPNV) barrierefrei gestaltet wird?

Antwort GRÜNE:

Neue Haltestellen werden von vorneherein barrierefrei geplant, bereits vorhandene Haltestellen werden nach und nach umgebaut. Öffentliche Flächen und Gebäude werden nach Möglichkeit so gestaltet, dass sich jede/r darin bewegen kann. Bauliche Barrierefreiheit wird z.B. mit ebenerdigen Eingängen, mit Aufzügen, Rampen, kontrastreicher Gestaltung, niedrigen Kanten und Haltestellen-Borden erreicht.

- Wie wollen Sie Pflegende Angehörige unterstützen, die sich – unbezahlt – ihren Angehörigen mit Behinderung widmen und damit die Gemeinschaft entlasten? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um diesen Pflegenden Angehörigen eine ihrem Einsatz gebührende soziale Absicherung und Altersrente zu garantieren?

Antwort GRÜNE:

Wir wollen in der ambulanten Jugendhilfe ein sektorenübergreifendes Projekt mit spezifischen Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder Elternteil chronisch krank oder pflegebedürftig ist, entwickeln – mit altersgerechter Begleitung, Beratung sowie praktischer, psychologischer und sozialer Unterstützung durch das Jugend- und Sozialamt und/oder das Gesundheitsamt. Ziel ist dabei, die Kinder und Jugendlichen zu entlasten und die Familie für kontinuierliche Hilfe durch externe Fachkräfte zu öffnen.

- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die Pflegenden Angehörigen entlastet werden in ihrem Kampf gegen einen wachsenden und immer undurchsichtigeren Bürokratiedschungel? Wir plädieren für eine wirkliche Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen, nämlich der Menschen mit Behinderung und der Pflegenden Angehörigen, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen und Regelungen. Wie sehen Sie das?

Antwort GRÜNE:

Wir werden in Kooperation mit der Stabsstelle Inklusion und unter Einbeziehung der bestehenden unabhängigen Inklusionsberatungsstelle in Sozialräthäusern ganzheitliche Kompetenzstellen ausbilden, bei denen betroffene Eltern oder

behinderte Menschen selbst Hilfe aus einer Hand finden, anstatt sich zu jedem Thema mit einem anderen Amt oder Verein in Verbindung setzen zu müssen.

5. Obdachlose und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen gerade in Pandemiesituationen sichere Unterkünfte

Welche Möglichkeiten werden Sie umsetzen, um Obdachlose und Wohnungssuchende, in Sammelunterkünften zusammengepferchte Menschen und um Frauen, die der Gewalttätigkeit ihrer Partner ausgesetzt sind, in nicht belegten Unterkünften, wie das Haus der Jugend, in nicht-ausgebuchten Hotels bzw. in leerstehenden Häusern menschenwürdig und pandemiegeschützt unterzubringen?

Antwort GRÜNE:

Wir wollen, dass die Menschen diese Sammelunterkünfte verlassen können. Allen soll eine Wohnung zur Verfügung gestellt werden. Hierzu wollen wir mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Verträge für Sozialwohnungen abschließen. Wenn nötig, werden wir dazu auch eine neue Förderrichtlinie auf den Weg bringen.

6. Wohngemeinschaft Bonameser Straße muss erhalten aus ausgebaut werden

Werden Sie ein dauerhaftes Bleiberecht der BewohnerInnen und ihrer Nachkommen auf den gepachteten Parzellen garantieren und weitere Plätze dort wieder zur Pacht freigeben bzw. die Möglichkeit weiterer Pachtparzellen prüfen?

Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner:innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten.

Antwort GRÜNE:

Ja, auch wir halten das, unter anderem aufgrund der geschichtlichen Verpflichtung, für geboten. Unterschiedliche Wohnformen sollen in unserer Stadt ihren Platz und ihre Anerkennung bekommen.

7. Der Wagenplatz Ostbahnhof braucht Unterstützung.

Werden Sie die derzeitigen BewohnerInnen und ihre Wagen am Ostbahnhof dort unterstützen bzgl. Ver- und Entsorgung bis ein endgültiger Bebauungsplan verabschiedet ist und die Umsetzung beginnt? Werden Sie bis dahin weiter geeignete Gelände eruieren, die als Wagenstandplatz in Frankfurt dienen können? Die Wohnungsnot, die Pandemie und

das gemeinschaftliche Engagement von WagenplatzbewohnerInnen und Fahrenden gebieten diese Lösung.

Antwort GRÜNE:

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die derzeitigen Bewohner*innen am jetzigen Ort bleiben können, solange die Bauarbeiten bzw. Vermessungs- und Planungsarbeiten noch nicht begonnen haben. Auch bei der Suche nach einem anderen geeigneten Gelände für die Wohnwagenbesitzer*innen wollen wir behilflich sein.

8. Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Wie würden Sie die Schaffung von Bürger:innen-Räten unterstützen in denen sich Betroffene zusammenschließen, um ihre Anliegen selbstbestimmt zu formulieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten? Es gibt bereits einen Ernährungsrat und es könnte sich Ähnliches entwickeln in den Bereichen Gesundheit. Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Kultur, Freizeit.

Antwort GRÜNE:

Zwei Stadtverordnete der jetzigen Fraktion Die Grünen im Römer arbeiten im AK Partizipation mit, der zum Ziel hat, ein Konzept für verschiedene Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche an sie betreffenden Entscheidungen und Planungen zu entwickeln. Geleitet wird der AK Partizipation von einer Projektgruppe des Stadtschülerrates und des Stadtjugendrings. Eines der Beteiligungsformate wird ein Jugendparlament sein.

Welche Unterstützungs- und Versammlungsmöglichkeiten würden Sie flächendeckend in allen Stadtteilen aufbauen und zur Verfügung und Nutzung bereitstellen für

- Senioren (Treffs, Mittagstisch, Tagesaufenthalt, ...)
- Kinder (Kitas, Spiel- und Sportplätze,....)
- Jugendliche (Jugendhäuser und -cafes, Musikprobe- und -auftrittsräume, Sportplätze,...)
- Mütter (Treffs, Beratung, Hebammen, Babysitter,.....)
- Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,.....

Antworten GRÜNE:

- Senior*innen: bestehende Angebote erweitern.

- Kinder/Jugendliche: mit dem Wachstum der Stadt mitgehen, Betreuungsplätze, Sport- und Spielplätze in jedem Stadtteil aufbauen; Kinder und Jugendliche an der Stadtplanung beteiligen, Kinder ihre Spielplätze selbst planen lassen; den Pädagogischen Mittagstisch ausbauen.
- Mütter: die Initiativen der Stadt zur besseren Versorgung mit Hebammen weiter fördern. Stillen ist ein Beitrag zum gesunden Aufwachsen von Kindern. Wir wollen für Frauen, die Stillen wollen, in öffentlichen Gebäuden dafür angemessen gestaltete Rückzugsräume zur Verfügung stellen. Frankfurt soll sich der Initiative „Stillfreundliche Kommune“ anschließen, weitere Maßnahmen umsetzen und sich zertifizieren lassen.
- Wasch- und Bademöglichkeiten, Schwimmbäder, Parks, Gesundheitszentren,.....: Neben den bereits bestehenden städtischen Einrichtungen, die wir erhalten wollen, soll es konsumfreie Räume in unserer Stadt in allen Stadtteilen geben, wo Menschen sich begegnen, diskutieren oder sich einfach nur aufhalten können. Zudem wollen wir in Frankfurt das „offene Haus der Kulturen“ endlich auf den Weg bringen.

Im Zuge des Bäderkonzeptes 2025 wollen wir gemeinsam mit der Goethe-Universität auf dem Sportcampus Ginnheim ein Schwimmsportzentrum realisieren, um die für Schwimmsportvereine und Leistungssportler*innen zur Verfügung stehende Wasserfläche auszuweiten. Dadurch können in anderen Bädern mehr Menschen Schwimmenlernen und trainieren.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und für die Zeit, die Sie sich nehmen, unsere Fragen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk Care Revolution Rhein-Main

 Carearbeit muss in ihrer fundamentalen Bedeutung erkannt, wertgeschätzt und als politische Priorität gefördert werden.

<https://carerevolution-rhein-main.org/>